



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Kubicki (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Bürokratieabbau in Schleswig-Holstein

1. Wie viele Landesgesetze und Verordnungen sind seit Beginn der 15. Wahlperiode außer Kraft gesetzt worden?

Antwort:

Jahr	Gesetze	Verordnungen
2000 28.3. bis 31.12.	3	27
2001	4	43
2002	2	26
2003 bis 31.8.	4	30
Insgesamt	13	126

2. Wie viele Gesetze und Verordnungen wurden im gleichen Zeitraum erlassen?

Antwort:

Bei der Auszählung sind nur neue Gesetze und Verordnungen bzw. Neufassungen, aber keine Änderungsgesetze und -verordnungen berücksichtigt worden.

Jahr	Gesetze	Verordnungen
2000 28.3. bis 31.12	6	26
2001	11	56
2002	14	37
2003 bis 31.8.	12	40
Insgesamt	43	159

3 Gesetze sind von den Fraktionen und 40 Gesetze von der Landesregierung in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht worden; letztlich entscheidet über die Gesetzgebung der Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Von den 43 Gesetzen

- fassen 7 Gesetze bestehende Gesetze komplett neu,
- sind 6 haushaltsrechtliche Gesetze,
- dienen 5 der Umsetzung von EU- und Bundesrecht und
- sind 13 Zustimmungsgesetze zu Staatsverträgen.

3. Gibt es momentan konkrete Planungen der Landesregierung, dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, weitere Landesgesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen und wenn ja, um welche Gesetze und Verordnungen handelt es sich hierbei?

Antwort:

Landesgesetze Titel und Datum	GVOBl. Seite	Außer Kraft Treten geplant für
Gesetz über die Bestellung von örtlichen Sitzungsvertretern der Anwaltschaft vom 20. November 1967	265	Der Gesetzentwurf zur Aufhebung wird dem LT demnächst übersandt.
Hochschulgebührengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1995, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Oktober 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 214).	209	Das Außerkrafttreten hängt von der abschließenden Beratung des Gesetzes im Landtag ab. (vgl. Drs. 15/2718)
Schleswig-Holsteinisches Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH) vom 10. November 1995, zuletzt geändert durch Gesetz zur Neustrukturierung der Landesbank, zur Verselbständigung der Investitionsbank vom 7. Mai 2003	385	01.11.2004 (vgl. Drs. 15/2870)
Gesetz über die Datenzentrale Schleswig-Holstein vom 2. April 1968	92	2003 Das Außerkrafttreten hängt von der abschließenden Beratung des Gesetzes im Landtag ab. (vgl. Drs. 15/2876)

Landesverordnungen Titel und Datum	GVOBl. Seite	Außer Kraft Treten geplant für
Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach § 2 Abs. 2 und § 17 des Adoptionsvermittlungsgesetzes vom 7. Juni 1977	171	Voraussichtlich Januar 2004
Landesverordnung über die zuständige Behörde nach dem Hochschulrahmengesetz vom 22. März 1988, geändert durch LVO v. 24. Oktober 1996 (GVOBl. S. 653)	125	Anfang 2004
Landesverordnung über die staatlichen Prüfungen im Studiengang Sozialwesen an der Fachhochschule Kiel vom 28. Juni 1983, zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 270)	288	Anfang 2004
Landesverordnung über die staatliche Prüfung im Zusatzstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel vom 28. Juni 1983	321, ber. 1984 S. 78	Anfang 2004

Landesverordnungen Titel und Datum	GVOBl. Seite	Außer Kraft Treten geplant für
Landesverordnung über die staatlichen Prüfungen im Studiengang Mathematik an der Fachhochschule Flensburg vom 9. Juli 1987	255	Anfang 2004
Landesverordnung zur Verleihung des Rechts, den Grad „Master of Business Administration“ zu verleihen vom 13. Januar 1997	NBI. MBWFK 61	Anfang 2004
Landesverordnung zur Verleihung des Rechts, den Grad „Master of Science“ zu verleihen vom 10. Juli 1998	NBI. MBWFK 286	Anfang 2004
Durchführungsverordnung zum Deutschen Beamtengesetz für die Kommunalbeamten (Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der gemeindlichen Zweckverbände) vom 2. Juli 1937, i.d.F.d.B.v. 31.12.1971, Gl.-Nr.: B2030-0-2)	RGBI. S. 729	Sommer 2004
Landesverordnung zur Durchführung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen vom 25. April 2001	64	01.11.2004
Landesverordnung über den städtebaulichen Entwicklungsbereich Norderstedt in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1976	302	31.12.2003
Landesverordnung über Zuständigkeiten des Veterinäruntersuchungsamtes vom 22. Februar 1977, geändert durch Artikel 3 der Landesverordnung vom 9. Dezember 1997	46 507	Ende des Jahres
Landesverordnung über die zuständige Behörde nach der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken vom 15. Juni 1978	177	Ende des Jahres
Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach der Verordnung über Nachweispflichten für Arzneimittel, die zur Anwendung bei Tieren bestimmt sind vom 15. Juni 1978, geändert durch Artikel 8 der Landesverordnung vom 9. Dezember 1997	176 507	Ende des Jahres
Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde zur Durchführung der Bundes-Tierärzteordnung vom 1. November 1965, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. Februar 2001	108 34	Ende des Jahres

Landesverordnungen Titel und Datum	GVOBl. Seite	Außer Kraft Treten geplant für
Landesverordnung über die zuständige Behörde nach der Bestallungsordnung für Tierärzte vom 10. November 1975, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. Februar 2001	297 34	Ende des Jahres
Landesverordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen an Arbeitnehmer und Auszubildende (Beihilfeverordnung – BhVO) vom 9. Oktober 1987	321	2004
68 Landesverordnungen über Erholungswälder (enthalten im amtlichen Fundstellennachweis Gliederungs-Nrn. 790-3-3 bis -74). Alle Verordnungen über Erholungswälder sollen durch das zurzeit in der Novellierung befindliche LWaldG aufgehoben werden, da das durch die Verordnungen eingeräumte Betretungsrecht auch außerhalb von Wegen durch das neue LWaldG im gesamten Wald bereits kraft Gesetzes bestehen soll.	verschieden	Ende 2004
Landesverordnung über die zuständige Stelle nach der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 26. Juni 1993 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltprüfung vom 25. April 1995 (EWG-Umweltaudit-Zuständigkeitsverordnung)	166	31.12.2003
Landesverordnung über die zuständige Behörde für die Gewährung von Beihilfen für Magermilch und Magermilchpulver für Futterzwecke vom 23. August 1977	305	31.12.2003
Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach der Ölsaatenstützungsverordnung 14. Mai 1992	242	31.12.2003
Landesverordnung über die Einschränkung des Gemeingebrauchs (Badeverbot) an der Trave vom 14. Juli 1978	212	31.12.2003

4. Welche konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau wird die Landesregierung bis zum Jahresende auf den Weg bringen?
5. Welche Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte (aufgeschlüsselt nach Land und Kommunen) haben ggf. die Maßnahmen der Landesregierung im Hinblick auf erwartete Ausgaben und Einnahmen?

Antwort zu den Fragen 4 und 5:

Ziel der Landesregierung ist eine Verwaltungs- und Strukturreform, die sich als kontinuierlicher Lern- und Entwicklungsprozess vollzieht und damit einhergehend dem Bürokratieabbau besondere Bedeutung beimisst (vgl. zuletzt Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Verwaltungsstrukturreform 1996 – 2003, Drs. 15/2560). Als aktuelles Vorhaben ist vor allem die Umsetzung der 49 Vorschläge für mehr Bürgernähe und wirtschaftlichere Verwaltungsstrukturen, welche die Landesregierung am 25. März 2003 beschlossen hat, zu nennen.

Eine detaillierte Darstellung des Sachstandes aller Maßnahmen sowie deren finanzieller Auswirkungen ist innerhalb der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Die Landesregierung berichtet dem Schleswig-Holsteinischen Landtag laufend, insbesondere in den Ausschusssitzungen des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema „Verwaltungsstrukturreform“. Zudem wird ein interfraktioneller Berichts Antrag „Fortentwicklung der Verwaltungsreform“ (Drs. 15/2936) in der September-Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages als TOP 48 behandelt. Die Landesregierung wird dazu entsprechend berichten.